

Calmer & Co. Calw

Nr. 258.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Verrechnungswiese: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 25 Pfg. Anzeigen 50 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 5 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 5. November 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 3.30 vierteljährl., Postbezugspreis im Ort u. Nachbarort vierteljährl. RM. 3.50, l. Fernort RM. 3.60. Bestellg. u. Zuschlag 90 Pfg.

Die Frage der Wilsonschen Friedensvermittlung.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss setzt seine Verhandlungen und damit die Vernehmungen der früheren führenden Staatsmänner fort. Die Erörterung geht immer noch um die angebliche Bereitwilligkeit Wilsons zur Friedensvermittlung. Obwohl es durch die Erklärungen Wilsons und Lansing's hinreichend erwiesen sein dürfte, daß sowohl die Wilsonschen „14 Punkte“ ein Bluff waren, wie auch die Kriegserklärung Amerikas ohne verschärften U-Bootskrieg erfolgt wäre, geben sich die Untersuchungsbeauftragten, oder wenigstens einige von ihnen, immer noch die größte Mühe, herauszufinden, ob denn wirklich Wilson nicht aus seiner bekannten deutschfreundlichen Haltung heraus gewillt war, uns einen annehmbareren Frieden zu vermitteln. Nach der ganzen Haltung Amerikas, seiner Presse wie seiner Regierung, kann man es der damaligen deutschen Regierung wirklich nicht ablehnen, wenn sie den Wilsonschen Behauptungen, daß er Frieden stiften wolle, Mißtrauen entgegenbrachte. Vielleicht wäre ein noch größeres Mißtrauen gegenüber dem amerikanischen Botschafter Gerard am Platze gewesen, der, worauf die Presse der Rechte schon vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen hingewiesen hatte, ein raffiniertes Doppelspiel in Berlin gespielt hat, indem er alles für Amerika und die Entente Wilsons ausspionierte, seine Agenten zur Spionage unterhielt und in Berlin sich den Anschein des deutschfreundlichen Ratgebers gab, worauf nicht nur ein großer Teil der politisch ungeschulten deutschen Presse, sondern anscheinend auch verschiedene deutsche Politiker und Staatsmänner hereingefallen waren. Als Gerard aus Deutschland ging, entpuppte er sich bekanntlich als der schärfste Deutschenhasser, der einen regelrechten Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland in Amerika inszenierte. Diesen Missetater Gerard hat nun Bethmann Hollweg, wie er sagte, über die deutschen Friedensbedingungen unterrichtet. Natürlich waren und konnten seine Mitteilungen nicht konkreter Natur sein, denn das wäre ja ein Verstoß gegen die primitivsten Gesetze diplomatischer Gepflogenheiten, vor allem aber gegen die ureigensten Interessen, vorausgesetzt, daß gewisse Leute in Deutschland gehalten, daß es deutsche Interessen geben dürfte. Nach Bethmann Hollwegs Auffassung war Gerard auch vollständig darüber im klaren, daß die Friedensbedingungen, wie sie ersterem vorschwebten, durchaus maßvoll waren. Gerard hat darüber zweifellos nach Washington berichtet, und wenn Wilson Lust gehabt hätte zu vermitteln, so hätte er Gelegenheit genug dazu gehabt. Es ist nun Bethmann Hollweg der Vorwurf gemacht worden, die deutsche Regierung habe dadurch ein Doppelspiel gespielt, daß sie Wilsons angebliche Abtötung zur Friedensvermittlung durch das eigene Angebot vom 12. Dezember 1916 durchkreuzt habe. Bethmann Hollweg wehrte sich gegen diese Anschuldigung durch den Hinweis, daß der deutsche Botschafter schon am 22. November von der geplanten öffentlichen Friedensaktion in Kenntnis gesetzt worden sei, und daß dieser, wenn er Befürchtungen gehabt hätte, daß diese Aktion Wilsons Vermittlungsneigung ungünstig beeinflussen würde, doch sicherlich entsprechende warnende Warnungen nach Berlin hätte gelangen lassen. Bethmann Hollweg äußerte sich weiter dahin, daß es ihm eben in erster Linie darauf angekommen sei, den drohenden U-Bootskrieg durch Herbeiführung einer rechtzeitigen Friedensaktion unnötig zu machen. Die amerikanische Regierung sei über die sich entwickelnde Situation nicht im klaren gewesen. Also hatte man in Washington zu verstehen gegeben, daß wir nach Ablehnung unserer Friedensbereitschaft den U-Bootskrieg verschärfen mußten, was angesichts der dauernden Verschärfung der Blockade und des brutalen Vernehmungswillens unserer Feinde durchaus als begrifflich erscheinend mußte, vorausgesetzt natürlich, daß die Verfechter des U-Bootskriegs auch Recht behalten hätten mit ihrer Berechnung der Wirkungen. Bethmann Hollweg sagte auch, man war über den Zeitpunkt von Wilsons Vermittlung keineswegs unterrichtet, denn schon seit August 1916 hatte er kundgegeben, daß er vermitteln wolle — merkwürdigerweise in derselben Zeit, da Rußland Neigung zum Frieden zeigte — aber zur Ausführung war sein angeblicher Plan niemals gekommen. Kein Wunder, daß sich die deutsche Regierung auf diesen unsicheren Antonisten nicht verlassen wollte, und wenn sie Bedenken getragen hat, Wilson als Vermittler anzunehmen, der später einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Verhandlungen gehabt hätte, so zeugt das wenigstens in diesem Falle von richtigem Instinkt. Denn sowohl der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, als Bethmann Hollweg mußten zugeben, daß sie keinen Anhaltspunkt für Wilsons Absichten hatten, da dieser darüber nur zu seinen

allernächsten Vertrauten gesprochen habe, und also auch den Botschafter Gerard, der im Dezember 1916 nach Washington zur Unterrichtung und Uebermittlung bestimmter deutscher Richtlinien für den Frieden gegangen, nicht unterrichtet habe. Ob das zutrifft, können wir aber nicht feststellen, denn selbst wenn Gerard über die Mächtschaften Wilsons unterrichtet gewesen wäre, hätte er sie zweifellos den deutschen Staatsmännern nicht auf die Nase gebunden. Man wird bei Betrachtung der sämtlichen Verhandlungen offizieller und inoffizieller Natur mit Washington immer mehr in der von uns stets vertretenen Auffassung bestärkt, daß Wilson eine raffiniert schlaue Politik getrieben hat, um einerseits stets über unsere Absichten unterrichtet zu werden, andererseits den Krieg gegen uns vorzubereiten im Falle der zu befürchtenden Niederlage der Entente.

Eine gute Bemerkung Bethmanns soll noch festgestellt werden: Als man ihn fragte, warum er sich nicht gegen die belgischen Deportationen gewehrt habe, antwortete er, politisch seien sie im höchsten Grade unerwünscht gewesen, aber die Oberste Heeresleitung habe sie wegen Durchführung des Hindenburgprogramms gewünscht. Im übrigen meinte er dazu, wir sollten doch nicht immer von eigenen völkerrechtlichen Vergehen sprechen, wo unser Volk durch die feindlichen völkerrechtlichen Vergehen, besonders durch die Hungersblockade auf Generationen hinaus verelendet sei.

Neue Erpressungen der Entente.

Die deutsche Antwort auf Forderungen der Entente bezüglich rechtmäßig verkaufter deutscher Schiffe.

Berlin, 3. Nov. Die deutsche Regierung hat am 3. Nov. auf den Funkspruch der interalliierten Marinekommission vom 17. Oktober und auf die gleichlautende Note des Vorsitzenden des Obersten Rates der alliierten und assoziierten Mächte geantwortet: Nach Art. 33 des Waffenstillstandsabkommens soll irgendwelche Ueberführung deutscher Handelschiffe jeder Art unter irgend eine neutrale Flagge nach Unterzeichnung des Waffenstillstands nicht stattfinden. In den späteren Abkommen ist lediglich die Rede gewesen, daß die gesamte deutsche Handelsflotte unter die Kontrolle und den Schutz der alliierten und assoziierten Mächte gestellt werden soll. Da die Schiffe „Braunschweig“, „Denderah“, „Rassau“, „Johann Heinrich von Burchard“, und „William Döval“ bereits in den Jahren 1915 und 1916 und später als im Bau befindlich rechtsverbindlich an niederländische Schiffahrtsgesellschaften übereignet wurden und somit Bestandteil einer neutralen Handelsflotte geworden sind, findet der Anspruch der Alliierten auf Herausgabe der Schiffe in diesen Bestimmungen keine Grundlage. Allerdings ist der deutschen Regierung bekannt geworden, daß die britische Regierung sich in einer Zirkulardepeche an ihre Vertreter bei den neutralen Regierungen vom 7. November 1918 auf den Standpunkt gestellt hat, eine während des Krieges erfolgte Uebertragung feindlicher Tonnage zu Eigentum oder unter Flagge von Neutralen nicht anerkennen zu können. Einen Rechtsgrund für diese Stellungnahme hat weder die britische Regierung noch eine andere der alliierten und assoziierten Regierungen, noch die interalliierte Marinekommission angegeben. Auch aus der jetzigen Note der interalliierten Marinekommission vermag die deutsche Regierung einen dortigen Rechtsgrund nicht zu entnehmen. Der Wortlaut des Art. 57 der Londoner Deklaration stellt dagegen den Grundsatz auf, daß ein bona fide-Verkauf auch nach Abbruch der Feindseligkeiten wirksam ist. Dieser Grundsatz entspricht auch der früheren Praxis der britischen Preisengerichte, wie sich aus Nummer 7 des Memorandums ergibt, welches der Londoner Seekriegsrechtskonferenz durch die britischen Vertreter vorgelegt wurde. Es ist auch kein einziger Fall bekannt, in dem ein Kriegführender die Ungültigkeit der Veräußerung eines noch im Bau befindlichen Schiffes geltend gemacht hätte. Nach den der deutschen Regierung über die Veräußerung der Schiffe bekannt gewordenen Einzelheiten besteht ihr kein Zweifel, daß es sich um eine Veräußerung bona fide handelt. Die deutsche Regierung stellt den alliierten und assoziierten Regierungen anheim, sich wegen etwaiger gewünschter Auskunft über Einzelheiten an die niederländische Regierung zu wenden. Daß die deutsche Regierung in Paragraph 7 der Anlage 3 zu Art. 244 des Friedensvertrags anerkannt haben sollte, daß deutsche Schiffe, die während des Krieges ohne Zustimmung der Alliierten auf neutrale Flagge übertragen worden sind, ohne weiteres als deutsche Schiffe anzusehen sind, muß die deutsche Regierung entschieden bestritten. Eine derartige

Auslegung würde jener Bestimmung Zwang antun. Nach ihrem klaren Wortlaut ist ihr Sinn vielmehr der, daß Schiffe der bezeichneten Art, obwohl sie keine deutschen Schiffe mehr sind, durch die von Deutschland zu ergriffenden Maßnahmen wieder in volles deutsches Eigentum zurückgebracht werden sollen. Nur wenn dies geschehen kann und erst nachdem dies geschehen ist, würden sie den alliierten und assoziierten Mächten übergeben werden können. Jedenfalls darf die deutsche Regierung beanspruchen, daß zunächst das Inkrafttreten des Friedensvertrags abgewartet wird und alsdann die Wiedergutmachungskommission gemäß dem erwähnten Paragraphen 7 die Maßnahmen zur Erlangung des vollen Eigentums angibt, die sie glaubt angeben zu können. Diese Kommission wird nur solche Maßnahmen angeben können, mit welchen die niederländische Regierung einverstanden ist. Ohne Zustimmung der niederländischen Regierung würde es der deutschen Regierung auch späterhin nicht möglich sein, Forderungen wie die in der Note der alliierten Marinekommission zu 1—5 aufgeführten zu erfüllen. Da die deutsche Regierung bei ihrem Verhalten lediglich von dem Gedanken geleitet wird, den Rechten der beteiligten Neutralen gebührend Rücksicht zu schenken, erklärt sie sich bereit, sich einer auf Grund eines Uebereinkommens zwischen den alliierten und assoziierten Regierungen und der niederländischen Regierung getroffenen schiedsrichterlichen Entscheidungen über die nationale Zugehörigkeit der fünf Schiffe und die Gültigkeit der Uebertragung auch dann zu unterwerfen, wenn sie von der hiesigen Stellungnahme abweichen sollte.

Nachforderungen der Entente.

Berlin, 4. Nov. Gestern wurde der deutschen Friedensdelegation in Paris eine Note des Obersten Rates überandt. Die Note führt aus, daß 3 der a. und a. Hauptmächte den Vertrag ratifiziert und der in den Schlußbestimmungen des Friedensvertrages vorgesehene Zeitpunkt zur Aufstellung des ersten Protokolls gekommen sei. Die deutsche Regierung wird abeten, daran teilnehmen zu wollen. Da jedoch von diesem Tage an der Vertrag in Kraft tritt und die Fristen laufen, so hat der Oberste Rat beschlossen, das Protokoll erst dann aufzustellen, wenn die Ausführungen der Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen übertragenen Verpflichtungen genau in einem zweiten Protokoll präzisiert seien. Deutschland habe aber eine Anzahl der ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt: Es seien noch Lokomotiven und Wagen zu liefern. Die auf russischem Boden befindlichen deutschen Truppen seien noch nicht zurückgezogen worden. Das vollständige Verzeichnis der von den Deutschen beschlagnahmten Werte und Gelder seien noch nicht übergeben. Man habe die deutschen Schiffe in Scapa Flow zerstört. Auch in einigen anderen Punkten, die detailliert aufgeführt sind, habe Deutschland seine Pflichten nicht oder nicht voll erfüllt. Der Oberste Rat hat infolgedessen eine Reihe von Strafbestimmungen aufgestellt, darunter die Ausschleppung von 5 leichten Kreuzern und von 400 000 Tonnen an schwebenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern. Auch soll die Besetzung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe zurückbehalten werden. Für den Fall der Weigerung sind Zwangsmassnahmen angedroht. Ferner sind bis zum 10. 11. bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, die mit den Vertretern der a. und a. Mächte die mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderlich werdenden Uebergangsbestimmungen für die Abstimmungsgebiete und so weiter zu regeln haben. — Der vollständige Text des umfangreichen Notensindes wird morgen veröffentlicht werden.

Zur äußeren Lage.

Die Franzosenherrschaft im besetzten Gebiet.

Berlin, 4. Nov. Nach der „Täglichen Rundschau“ verlangten die französischen Behörden vom Bürgermeisteramt in Ludwigsfelde binnen 48 Stunden eine Erklärung darüber, daß die Stadtverwaltung bereit sei, für 2 Bataillone Kasernen zu bauen; andernfalls würden 2000 Mann Besatzungstruppen in Bürgerquartieren untergebracht werden. Die Stadtverwaltung mußte sich daher schweren Herzens entschließen, diesem räufischlosen Verlangen Folge zu geben. Ihr Vorschlag, die Kasernen wenigstens so bauen zu dürfen, daß sie später Schulen zur Benützung dienen könnten, wurde von den Franzosen verworfen. Die Kosten der Besetzung, die bisher schon sechs Millionen Mark betragen, drohen für die Gemeinde katastrophal zu werden. — Das wollen die Alliierten doch, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Pfalz sollen sich so verschlechtern, daß sich die Pfälzer schließlich lieber für Frankreich erklären, als sich wirtschaftlich erwürgen zu lassen.

ember 1919.

Telnahme

cher,

trostreichen

rnusik, für

ren Ehren-

nenen

tschelen,

Walblingen,

schelen,

nen.

ember 1919.

und Seit-

it und beim

Mutter und

en wir auf

nk

Gann.

Diagnose

en Augen

Leonberg

2 bis 5 Uhr

gnung

in gutem Hause ist

nde Berlin auf

a vermieten.

Angab unter K 50

stelle des Blattes

er sucht per sofort

möbliertes

immer

Nicht und Heizung.

ter R. 27 sind an

d. Bl. zu richten.

straw

n

kolmo.

habe ich im

w

Röngeter.

Clemenceau's voraussichtliche Rede in Straßburg.

Versailles, 4. Nov. Nach dem „Echo de Paris“ wird die Rede, die Ministerpräsident Clemenceau heute nachmittag in Straßburg i. G. hält, morgen veröffentlicht. Nach dem Blatte wird sich Clemenceau in der Hauptsache mit der nationalen Wiederherstellung des Landes beschäftigen, in schärfster Weise den Bolschewismus bekämpfen und für einen Ausgleich der Parteien sätze eintreten.

Die Kämpfe in Rußland.

Newal, 4. Nov. Bericht des Großen Hauptquartiers. Unsere Offensive gegen Krasnoje Selo geht erfolgreich weiter. Wir machten eine große Anzahl gefangen und erbeuteten Kanonen und Munition. Auf unserem linken Flügel rücken die lettischen Gruppen weiter vor. Südlich Krasnoje Sorka haben wir ebenfalls Gefangene gemacht und Kanonen erbeutet. Am Freitag wurden in Kronstadt und in den Batterien von Krasnoje Sorka zahlreiche Explosionen vernommen, wobei Feuerbrünste bemerkbar wurden. Man vermutet, daß die Bolschewisten einige Forts in die Luft gesprengt haben.

Berlin, 4. Nov. Die hier erscheinende russische Zeitung „Prisw“ meldet: Front des Generals Judenitsch: Die ganze Küste des finnischen Meerbusens ist von uns geräumt. Dadurch gewann der Segner Verbindung mit Fort Krasnoje Sorka. Der Feind strebt, in den Rücken der bei Gatschina operierenden Teile unserer Armee zu gelangen und drängt energisch gegen unseren rechten Flügel, wo wir die Stadt Luga räumen mußten.

Helsingfors, 4. Nov. Die Bolschewisten griffen aus der Gegend von Pleskau mit starken Kräften unter Benutzung von Panzerautos abermals an. Die Nordwestarmee räumte Luga und Gatschina. Heftige Kämpfe an der ganzen Front. Die Lage der weißen Truppen ist schwierig.

Dmsk, 4. Nov. (Havas.) Laut Nachrichten aus bolschewistischer Quelle wurden in Moskau 19 Vertreter der Konsumgenossenschaften fesselt und etwa 100 andere festgenommen. In Sowjetrußland wurden ebenfalls zahlreiche Vertreter der Konsumgenossenschaften eingesperrt und fesselt. Ein Dekret der Sowjetregierung fordert diese Gesellschaften auf, sich in Verpflegungsorganisationen umzuwandeln. Diejenigen Angestellten, welche binnen einem Monat der kommunistischen Partei beitreten, werden ihre Stelle behalten können.

Finnland unterstützt die Gegenrevolutionäre.

Amsterdam, 4. Nov. „Morningpost“ meldet aus Newal, daß zwischen der finnischen Regierung und Admiral Koltischal ein Abkommen zustande gekommen ist. Finnland verspricht, sobald wie möglich eine starke Offensive gegen die Bolschewisten zu unternehmen. Als Gegenleistung erhält Finnland die gesamte Halbinsel Kola einschließlich der Murmaugruppe und außerdem für jeden Tag des Feldzuges sieben Millionen Mark.

Ein lettisch-esthnischer Vertrag zum Schutz gegen die Bolschewisten.

Helsingfors, 3. Nov. Unter englischem Vorstich haben zwischen der lettischen und der esthnischen Regierung Verhandlungen stattgefunden. Diese sollen nunmehr zu einem Vertrage zwischen Lettland und Esthland unter folgenden Bestimmungen geführt haben: Lettland tritt den Kreis Ball und Teile des Kreises Walmar bedingungslos an Esthland ab, die Letten haben die esthnischen Hilfstruppen zu versorgen, eventuelle Kriegsbeute fällt den Esten zu, der Oberbefehl über die lettisch-esthnischen Truppen geht an General Laidonner über. Als Gegenleistung haben die Esten die Letten an der Rigaer Front mit Truppen zu unterstützen. (Die Meldungen bedürfen jedoch noch weiterer Bestätigung. D. Red.)

Wieder einmal eine scharfe Note an die widerspenstigen Rumänen.

Versailles, 4. Nov. Der Fünfertrat hat gestern durch Vermittlung des französischen Vorschlägers in Bukarest, wie bereits gemeldet, die rumänische Regierung aufgefordert, endlich die Note vom 12. 10. zu beantworten. Der Text dieses Telegramms, der eine gemeinschaftliche Krist aller alliierten Gefandten in Bukarest verlangt, ist in scharfem Tone gehalten. Der rumänischen Regierung wird erklärt, die Lage in Ungarn erfordert schnellste Entscheidung, damit eine für die Sicherheit Mitteleuropas notwendige normale Lage geschaffen werden könne. Die a. und a. Großmächte könnten die bilatorische Verhandlung der drei am 12. 10. gestellten Fragen nicht mehr dulden. Diese drei in Betracht kommenden Fragen betreffen die territorialen Klauseln, Behandlung der Minderheiten, Requisitionen und die innere Lage Ungarns. — Trotz aller Befehle halten die Rumänen Ungarn besetzt, und „requirieren“ (auf deutsch: fesseln) dort nach Herzenslust. Auch anerkennen sie kein Einspruchsrecht der Alliierten in ihre inneren Angelegenheiten bezüglich der nationalen Minderheiten.

Die amerikanische Regierung drängt den Senat.

Washington, 4. Nov. Die Regierung arbeitete einen Beschlusentwurf aus, der vom Senat verlangt, sich diese Woche definitiv zur Ratifikation des Friedensvertrages auszusprechen.

Von der Washingtoner Arbeitskonferenz.

Washington, 4. Nov. Die Internationale Arbeitskonferenz prüfte am Montag die Arbeitslosenfrage. Fontaine referierte sodann über die Frage der Einstellung der alliierten Arbeiter in den feindlichen (!) Ländern sowie der feindlichen Arbeiter in den Werkstätten der alliierten Länder. Diese Frage wird zur erneuten Prüfung an die Kommission für Arbeitslosensfürsorge verwiesen werden. Eine weitere Kommission ist ernannt worden zur Ausarbeitung eines Berichtes über die Zulassung der finnischen, luxemburgischen und anderen Delegierten. Des weiteren wurde ein Vorschlag gemacht hinsichtlich der Teilnahme von Frauen an der internationalen Arbeitskonferenz.

Kein Platz

auf den amerikanischen Dampfern für Deutsche.

Washington, 4. Nov. (Reuter.) Das Staatsdepartement hat den deutschen Delegierten zur Arbeitskonferenz mitteilen las-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ämtliche Bekanntmachung.

Verkehr mit Moskau.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Verfügung des Min. d. Innern über die Verarbeitung von Gemüse und Obst vom 8. September 1916 (Staatsanzeiger Nr. 212) heute noch in Gültigkeit ist, wonach Obst und Gemüse in Mengen von mehr als 20 Liter nur mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle abgesetzt und befördert werden darf. Moskau, der ohne den erforderlichen Beförderungsschein befördert wird, unterliegt der Beschlagnahme.

Calw, den 1. November 1919.

Oberamtmann: G. S.

sen, es sei außerstande, ihnen Plätze für die Ueberfahrt auf ihren Transportschiffen zuzusichern. Es veruche es jetzt, ihnen die Ueberfahrt auf einem neutralen Schiffe zu ermöglichen.

Ausland.

Ein deutscher Kulturverband in der Tschechoslowakei.

Wien, 4. Nov. Die Blätter melden aus Prag: Vorgefunden fand im Deutschen Haus die Gründungsversammlung eines Deutschen Kulturverbandes für die Tschechoslowakei statt, des Nachfolgers des Deutschen Schulvereins. Alle Gaue Böhmens, Mährens und Schlesiens waren zahlreich vertreten. Zum Obmann des Kulturverbands wurde einstimmig Dr. Rudolf Junke gewählt.

Die Gemeindevahlen in England.

Amsterdam, 4. Nov. „Telegraaf“ meldet aus London, daß die Arbeiterpartei bei den dortigen Gemeinderatswahlen nach den letzten vorliegenden Berichten 358 Sitze erobert hat. Die Konservativen erhielten 285, die Liberalen nur 63 Sitze. Bekannte Führer der Arbeiterpartei ziehen aus dem großen Erfolg der Partei bei den Gemeindevahlen in ganz England den Schluß, daß die Arbeiter bei den nächsten Parlamentswahlen wahrscheinlich die Regierungsmacht in ihre Hände bekommen werden.

Amsterdam, 4. Nov. „Daily Mail“ meldet, daß bei den Londoner Gemeinderatswahlen bereits 35 Frauen gewählt sind. In den Wahlen in der Provinz hat die Arbeiterpartei bereits 170 Sitze errungen.

Der Kohlenarbeiterstreik in Amerika.

New York, 4. Nov. (Havas.) Die Kohlenbergwerke teilen mit, daß die Streikenden trotz der Abwesenheit ihrer Führer entschlossen sind, zu zeigen, daß es in ihrer Hand liegt, die Industrie im ganzen Lande stillzuliegen. Es scheint, daß die Grubenbesitzer nichts unternommen haben, um arbeitswillige Nichtorganisierte zu schätzen. Andererseits wußte man noch nichts von einer Absicht der Streikenden, gegen die Arbeitenden vorzugehen. Die Zahl der Streikenden ist noch nicht genau anzugeben.

Deutschland.

Ein Aufruf der Reichsregierung zur Verkehrseinstellung.

Die ungeheure Not in der Kartoffelversorgung und die große Gefahr der Kohlennot in den Städten hat die Reichsregierung gezwungen, den gesamten Personenverkehr auf den Eisenbahnen für vorläufig 11 Tage zu unterbrechen und die Verkehrsmittel allein in den Dienst der Kohlen- und Kartoffelbeschaffung zu stellen.

Aber diese einschneidende Maßnahme kann nur Erfolg haben, wenn in diesen Tagen zugleich alle Kräfte zur Erzeugung und Beförderung von Kohlen und Kartoffeln aufs höchste angepannt werden.

Datum, Ihr Bergleute, steigert weiter die Kohlenförderung!

Ihr Landwirte, liefert Kartoffeln!

Arbeiter und Unternehmer des Verkehrsgewerbes sorgt für rasche Ablieferung!

Eisenbahner in den Betrieben und Werkstätten verwendet alle Kraft auf Höchsteleistungsfähigkeit der Eisenbahn!

Elf Tage müssen die Kohlen- und Kartoffelzüge durch das ganze Deutschland rollen. Jeder Zug mehr, der beladen und abgefördert werden kann, bedeutet einen Schritt zur inneren Festigung und Wohlfahrt!

Hier mitzuhelfen ist vaterländische Pflicht!

Ein Volksgenosse muß dem andern helfen und alle müssen für das gesamte Gemeinwohl arbeiten.

Wenn sich in diesen elf Tagen unsere Hoffnungen erfüllen werden, können wir dem kommenden Winter mit all seiner Schwere und seinen Anforderungen ruhiger entgegensehen als heute.

Berlin, 4. November 1919.

(Geg.): Ebert, Reichspräsident.

Bauer, Reichskanzler.

Flugpost und -Verkehr über die Zeit der Bahnsperrung.

Berlin, 4. Nov. Wie das W. T. B. meldet, schweben zwischen den beteiligten Ressorts Verhandlungen wegen Beschaffung von Benzol, um mit Hilfe der deutschen Luftschiffreederei einen Teil der Brief- und Zeitungspost während der Stilllegung des Zugverkehrs durch Flugzeuge innerhalb Deutschlands befördern zu können. Im Zusammenhang damit soll außerdem versucht werden, auch für den Personenverkehr in beschränktem Umfang Flugzeuge bereit zu stellen.

Fortführung der Heimkehrzüge.

Berlin, 4. Nov. Die Reichszentralstelle für Kriegsgefangene teilt mit: Es ist Anordnung getroffen worden, daß die Verkehrsperre vom 5. bis 11. Nov. unter keinen Umständen zu Störungen in der Rückführung der Kriegsgefangenen führt. Die Heimkehrzüge verkehren wie bisher. Auf öffentlichen Verkehr angewiesene Heimkehrer werden durch Anhängen von Personenwagen an Güterzüge befördert.

Fortschreitender Abtransport deutscher Kriegsgefangener aus England.

Berlin, 4. Nov. Die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Abtransport der Kriegsgefangenen aus England schreitet planmäßig fort. Bisher sind etwa 225 000 Kriegsgefangene heimgeführt. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß die noch in England befindlichen rund 55 000 Gefangenen gegen Ende des Monats November ds. Js. in die Heimat zurückgeführt sein werden. Die Gefangenen aus Ägypten sind gegenwärtig zum größten Teil mit 2 Dampfern nach der Heimat unterwegs. — Mit dem Abtransport der noch in Rumänien befindlichen Gefangenen darf in nächster Zeit gerechnet werden. — Die neuesten Zeitungsnachrichten über den angeblich begonnenen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich sind unzutreffend.

Glückliche Rückkehr des Verkehrsluftschiffes „Bodensee“ nach Berlin.

Berlin, 4. Nov. Das Luftschiff „Bodensee“ ist heute nachmittag 5.10 Uhr in Wolmirstedt zur Fahrt nach Berlin aufgetrieben und gegen 7 Uhr abends auf dem Flugplatz in Staken gelandet.

Haases Zustand.

Berlin, 5. Nov. Frau „Berl. Tagebl.“ gibt der Zustand in dem Befinden des Abg. Haase von neuem zu den schlimmsten Bedenken Anlaß. Das Fieber ist stark gestiegen und die neu einsetzende Vereiterung des Beinamputes läßt die Hoffnung, Haase am Leben zu erhalten, immer geringer werden.

Die Berliner Rabikalen wieder an der Arbeit.

Berlin, 5. Nov. Gestern Abend, so schreibt der „Vorwärts“, ist von den unabhängigen und spartakistischen Arbeiterräten und Funktionären in Berlin die Parole zum Generalstreik ausgegeben worden. Die radikalen Volksgarben sind rein politische Körperschaften und wenn die Parole zum Generalstreik ausgegeben wird, dann soll eine Massenbewegung hervorgerufen werden, an deren Feuer das linksrevolutionäre Süppchen gekocht werden kann. Arbeiter, folgt der Forderung nicht! Hier wird der Generalstreik zum Generalaufruf. — Wie alle Morgenblätter sagen, besteht bei den Verkehrsangestellten keine Neigung zur Beteiligung am Generalstreik. — Der Kraftwagenverkehr für Groß-Berlin wurde für die Nacht von 12 Uhr bis 6 Uhr früh vollständig verboten.

Sympathiestreik der Berliner Straßenbahnarbeiter.

Berlin, 4. Nov. Mehrere tausend Arbeiter in den Hauptwerkstätten der großen Berliner Straßenbahn haben heute vormittag ihre Tätigkeit eingestellt. Nach Mitteilung der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn handelt es sich lediglich um einen Sympathiestreik im Anschluß an die Metallarbeiterbewegung. Störungen des Straßenbahnverkehrs sind vorläufig nicht zu befürchten.

Das Streikfieber.

Braunschweig, 4. Nov. In einer Arbeiterversammlung, die von circa 4000 Personen besucht war, wurde den „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ zufolge gestern eine Entschlieung angenommen, durch die der Metallarbeiterverband aufgefordert wird, an den Verein der Braunschweigischen Metallindustriellen ein Ultimatum zu stellen, dahingehend, daß bis zum 6. Dezember sämtliche Arbeiter der Firma S. Rüping wieder eingestellt werden müssen. Anderenfalls werde im ganzen Freistaate Braunschweig am 7. Nov. der Generalstreik proklamiert.

Vermischtes.

„Davon sinn Ihr die Rinner.“

Der amerikanische Kommandant eines Rosendorfes ließ den alten Ortsvorsteher zu sich beschicken und bat ihn, sich über das Betragen der Besatzung zu äußern. Der alte Mann wehrte vorsichtig ab. Er bat, ihm die Antwort zu erlassen. Die Wahrheit dürfe er nicht sagen, er wolle keine Bekanntheit mit dem Ortsgefängnis machen. Der Kommandant war sehr erstaunt und sicherte dem Ortsvorsteher volle Redefreiheit zu. Und so erfuhr er: „So in den vierziger und fünfziger Jahre do hann mir alle, die bei uns nit tauchte, hinüber geschickt no Amerika, und davon sinn Ihr die Rinner.“

Frankreichs gelbe Gefahr.

ml. Frankreich hat jetzt seine gelbe Gefahr im eigenen Hause, und zwar wird diese durch die chinesischen Aufstände heraufbeschworen, die während des Krieges in großer Zahl zur Behebung der Arbeitsnot vom asiatischen Kontinent herübergeholt worden waren. Die Chinesen haben die Kunst der französischen Mädchen in so hohem Grade errungen, daß die Ehehindernisse zwischen Chinesen und Französischen heute gang und gäbe sind. Angehörige dieser allzu zahlreichen gelbweissen Mischlinge hat sich jetzt sogar der französische Minister des Innern, Pams, genötigt gesehen, an die Präfekten ein Rundschreiben mit dem Ersuchen zu richten, die französischen Mädchen offiziell auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihnen beim Eingehen einer Ehe mit einem Chinesen drohen. Der Minister weist darauf hin, daß nach Ablauf der Arbeitsverträge die Chinesen nach der Heimat zurückbefördert werden, und daß sie dort Lohnverhältnisse erwarten, die mit den unrigen gar keine Vergleichzeit haben. In Ansehung der chinesischen Hungerlöhne leben sich aber die Frauen, die ihren Männern nach China folgen, wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber, die im Vergleich zu europäischen geradezu das Elend bedeuten. Dazu kommt, daß da sich die Chinesen bekanntlich sehr früh verheiraten, der Ver-

Verzüge.
für Kriegsgefangene
daß die Verlehrs-
binden zu Löbungen
st. Die Heimkehrer-
Verlehrs angeordnete
Brennwagen an G.

deutscher
gland.
Kriegs- und Zivi-
lriegsgefangenen aus
sind etwa 225 000
rechtigte Hoffnung,
55 000 Gefangene
in die Heimat zu
aus Ägypten sind
fern nach der Heim-
er noch in Rumänien
ste Zeit gerechnet
über den angeblich
Kriegsgefangenen aus

nach Berlin.
"ist heute nach
nach Berlin auf
flugplatz in Staken

tzt der Zustand in
zu den schlimmsten
egen und die neu
tzt die Hoffnung,
werden.

an der Arbeit,
ot der "Vorwärts",
hen Arbeitertäten
Generalfreist aus
e sind rein politi-
zum Generalfreist
wegung hervorge-
ationäre Sippchen
yreführung nicht
finn. — Wie alle
angestellten keine
Der Kraftwagen
t von 12 Uhr bis

bahnarbeiter.
ter in den Haupt-
haben heute vor-
ung der Direktion
sich feiblich um
Metallarbeiterbe-
s sind vorläufig

erverammlung, die
en, Braunschweig
Entschliebung an-
aufgehört wird,
nstruieren ein W.
Dezember sämtliche
t werden müssen,
schweig am 7. Nov.

er".
Mojeldorfes fleß
hat ihn, sich über
alte Mann wehrte
zu erlassen. Die
eine Bekanntheit
handant war sehr
e Redefreiheit zu
fünfziger Jahre
inüber geschied no

hr.
esfahr im eigenen
den Kulis heran-
her Zahl zur Be-
ent herübergehob
it der französischen
die Gefährdung
ng und gäbe sind,
en Mischehen hat
s Innern, Gams,
schreiben mit dem
n offiziell auf die
beim Eingehen
er Minister weiß
züge die Chinesen
daß sie dort Lob-
ar keine Anstalts-
Sungersöhne leben
ach China folgen,
im Vergleich zu
Dazu kommt, daß
heiraten, der Ver-

Nacht nahe liegt, daß die Gelben, die in Frankreich eine Ehe eingegangen, bereits eine Frau in ihrer Heimat haben, sodas die nach China kommende weiße Frau vor Gesetz und Gesellschaft nur als Konkubine gelten und dementsprechend von ihrer gelben Vorgängerin behandelt werden wird.

Die Hellscherin als Detektivin.

ml. Vor dem Schwurgericht des französischen Departements Finisterre haben soeben die Verhandlungen in einem Mordprozeß begonnen, der dadurch besonderes Interesse erregt, weil er überhaupt erst durch das Eingreifen einer Hellscherin ermöglicht wurde. Der Mord, um den es sich hier handelt, liegt fast sechs Jahre zurück. Am 30. Dezember 1918 war der Direktor einer Explosivstofffabrik in Grandepalud Louis Cadiou spurlos verschwunden. Der mit der Untersuchung betraute Untersuchungsrichter von Brest, ein Freund des Verschwindenen, Unterjägermeister Pierre, ein Freund des Verschwindenen, war sofort fest überzeugt, daß ein Mord vorlag, und daß der Mörder nur der Obergenieur des Werkes Pierre in Frage käme. Er schritt auch zur Verhaftung des verdächtigen Ingenieurs, mußte diesen aber nach kurzer Zeit wieder freilassen, da jeder Beweis für dessen Schuld, und vor allem das corpus delicti selbst, die Leiche, fehlte. Inzwischen aber trat in der geheimnisvollen Mordaffäre ein dramatischer Wendepunkt ein. Eine Hellscherin aus Nancy schrieb dem Bruder des Verschwindenen einen Brief, in dem sie erklärte, daß sie im Traum den ermordeten Cadiou gesehen hätte. Gleichzeitig bezeichnete sie eine genaue Stelle in seinem zwischen der Fabrik und der Wohnung Pierres gelegenen Gehölz, in dem der Mord verübt worden wäre. Der Bruder begab sich sofort dorthin und fand hier auch an dem bezeichneten Platz die Leiche des Verschwindenen, an der jedoch kein Zeichen äußerer Verletzung zu entdecken war. Bei der Leichensöffnung aber fand man im Nacken ein 6 mm Geschöß, das genau zu einem im Besitz des Ingenieurs Pierre befindlichen Revolver paßte. Darauf erfolgte die Wiedererfassung des Ingenieurs, der in der Zwischenzeit als Soldat im Felde gestanden hatte. Wenn auch die Verdachtsgründe gegen den Angeklagten sehr schwerwiegend sind, so ist man doch über die Motive, die ihn zum Mord bestimmt haben, völlig im Unklaren. Der Ingenieur beteuert nach wie vor seine Unschuld und stützt sich dabei auf mehrere Zeugen, die bekunden, daß sie den Ermordeten noch am 1. Januar 1914 an verschiedenen Orten gesehen haben, während der Letzte den 30. Dezember 1913 als den Todestag des Ermordeten feststellte. Es wird Sache der Prozeßverhandlung sein, über die vielen dunklen Punkte der geheimnisvollen Affäre Licht zu verbreiten.

Von der Schlafkrankheit

Die Schlafkrankheit zu erforschen, die in Deutsch-Ostafrika heimisch ist, war eine der Hauptaufgaben der deutschen Forschungswissenschaft auf dem Tropengebiet. Das Charakteristikum ist, wie schon der Name sagt, eine langsam beginnende, sich immer mehr steigende unübersteigliche Schlafsucht. Die Krankheit verläuft im Zeitraum von einigen Monaten bis zu über 2 Jahren sehr häufig tödlich. Die Ursache ist in einer chronischen Entzündung der Gehirnhäute und der Gehirnhäute zu suchen. Diese Entzündung wird durch gewisse Protozoenarten (d. i. Natterien, d. h. solche, die auf der untersten Stufe der Entwicklung stehen), in diesem Falle die Trypanosomen genannt, verursacht, die in den Körper eingebracht sind und sich mit Vorliebe an der Gehirnbasis und am verlängerten Rückenmark anheben, wo sie Entzündungen hervorrufen. Diese Trypanosomen können nicht ohne weiteres in den menschlichen oder tierischen Körper eindringen, sie bedürfen dazu eines Zwischenträgers, in dem sie sich gleichzeitig bis zur Reife entwickeln. Diese Vermittler sind gewisse, nur in Afrika vorkommende Stiefvögel, die Tsetsefliege oder Glossinen. Die Verhältnisse sind ähnlich wie bei der Malaria, wo ebenfalls Insekten, die Moskitos, als notwendige Zwischenstadien bis zur endgültigen Ausbreitung und Wachstumsbeendigung der eigentlichen Krankheitserreger vorkommen. Nach erfolgter Reife werden sie mit dem Stich einer derartigen infizierten Natter in das Blut eines bisher gesunden Menschen gebracht, gleichsam eingepflanzt. Voraussetzung für das Auftreten der Krankheit ist also beides, sowohl das Vorkommen der erregenden Trypanosomen, wie das Vorhandensein der Zwischenwirte, der Tsetsefliege. Nur wo die letzteren vorkommen, kann sie gedeihen, also im tropischen Klima afrikanischer Landstriche. Die Tsetsefliegen stehen nur am Tage (die Moskitos nur bei Nacht). In Mittelafrika spielt die Schlafkrankheit eine große Rolle. Die dortigen Negerstämme sind besonders gefährdet; sie sind nicht selten alle erkrankt und das Aussterben von Dörfern oder Völkerschaften gehört keineswegs zu den Seltenheiten. Umfänglich war das Vorkommen der Schlafkrankheit von jeher in der deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika, daher wurde von Regierungsseite aus die Bekämpfung großzügig organisiert. Professor Meine hat die Bekämpfung seit 1907 geleitet und Erfolge gehabt. Er hat gefunden, daß die krankheitsregenden Trypanosomenarten sich in jeder Art der Tsetsefliegen entwickeln können. Er fand auch, daß die meisten Tsetsefliegen, namentlich die Affen, sich mit Trypanosomen infizieren lassen, doch haben sie infolge ihrer geringen Empfänglichkeit eine weit kleinere Bedeutung als Reservoir der Schlafkrankheitserreger als der Mensch. Meistens werden die Affen infolange nicht infiziert, als sie die sich ihnen nähernde Tsetsefliege alsbald verschrecken. Besonders sind aber Trypanosomen-erreger das Wild. Bei der praktischen Bekämpfung der Schlafkrankheit spielt die Vernichtung oder Vermeidung der Tsetsefliege eine Hauptrolle; diese haben ihren Hauptaufenthaltsort in dem Gebiet an den Seen und Flüssen; mit der Ausrottung dieses Nistorts verschwinden sie. Professor Rob. Koch ging in der medikamentösen Behandlung der Schlafkrankheit bahnbrechend vor; in einer Asienüberbindungstour fand er ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Trypanosomen-Krankheiten. Mit Einspritzungen dieses Mittels wurden in Deutsch-Ostafrika und Amerika beste Erfolge erzielt und die Krankheit in Deutsch-Ostafrika immer mehr eingedämmt, am Viktoriasee war sie Anfang 1914 nahezu erloschen. Die deutsche Forschung wird auch künftig für diese Gebiete eine Notwendigkeit sein.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. November 1919

Die Eisenbahnperere.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Auf den württ. Staatsbahnhöfen sollen vom 5. Nov. einschl. an sämtliche Schnellzüge aus, vom 6. November einschl. an verkehren nur noch die dem notwendigen Arbeiterverkehre und dem Vorortverkehr dienenden Züge. Die noch verkehrenden Züge werden durch Anschläge auf den Stationen bekanntgegeben und sind bei diesen zu erfragen. In den Arbeiterzügen werden andere Reisende nur zugelassen, soweit der Platz reicht. Die Einschränkung des Personenverkehrs dauert voraussichtlich bis 15. Nov. Die vollständige Einstellung des Personenverkehrs an Sonntagen bleibt in dieser Zeit wie bisher bestehen. — Wie sich der Personenverkehr nach Sonntag, den 16. November, gestalten wird, wird später bekanntgegeben. In der Zeit vom 6. bis 15. November werden Bahnsteigtarten nicht ausgegeben.

Herbstbeschäftigungszulage für Körperverletzungsbeamte.

Entsprechend den aus den Kreisen der Körperverletzungsbeamten geäußerten Wünschen hat das Ministerium des Innern Veranlassung genommen, durch die Aufsichtsbehörden auf die Bewilligung einer den heutigen Verhältnissen angemessenen Beschäftigungszulage für die Körperverletzungsbeamten und -unterbeamten nach dem staatlichen Vorgang mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Bessere Fleischversorgung für Wirte.

Um den Wirten unter Ausschaltung des Schleichhandels eine gesetzesmäßige Betriebsführung zu ermöglichen, werden die Wirte ermächtigt, auf die Fleischbezugscheine zwei Fünftel des Gesamtgewichtes mehr an Fleisch und Wurst zu entnehmen. Das gilt aber nur für Wirte, nicht für ähnliche Betriebe, die im Notfall vom Städt. Lebensmittelamt besondere Fleischbezugscheine in Gestalt von Nachtragsheften erhalten. Fleisch darf nur auf dem vorgeschriebenen Wege erworben und gegen die vorgeschriebenen Fleischmarken abgegeben werden. Bei Zuwiderhandlungen ist außer der gerichtlichen Strafe auch die Schließung der Wirtschaft angeordnet.

Die Tarifverhandlungen in der württ. Textilindustrie.

Zu den Tarifverhandlungen in der württembergischen Textilindustrie wird uns von der Gruppe Württemberg des Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter folgendes mitgeteilt: Die seit letzten Freitag (31. Oktober 1919) vormittags in Stuttgart geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiderseitigen Organisationen haben heute nachmittags 4 Uhr zu einer vorläufigen Verständigung geführt: Die Arbeitgeber haben hierbei Normalstundenlöhne zugesagt, die für Männer über 20 Jahre für den achtstündigen Arbeitstag einen Mehrverdienst von 4.80 Mark, für Frauen über 20 Jahre einen solchen von 3.60 Mark mit sich bringen. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Tarifvertrage vom 6. Juni 1919 von rund 43 Proz. Außerdem bekräften die Akkordzuschläge 10 bis 20 Proz. auf die Normalstundenlöhne. Die gewährten Löhne haben höchstzulässige Arbeitsleistungen bezüglich Ausnutzung und Bedienung der Maschinen zur Voraussetzung. Auf die sofortige Einführung von Betriebsräten mit weitestgehenden Befugnissen, die ursprünglich vom deutschen Textilarbeiterverband erhoben worden war, sind die Arbeitgeber im Hinblick auf die bevorstehende gesetzliche Regelung nicht eingegangen.

Landesversammlung praktischer Landwirte.

SW. Auf Einladung des Württ. Landesbauernrats hatten sich gestern aus dem ganzen Lande praktische Landwirte in Stuttgart zusammengefunden, die die Fragen der Landwirtschaft, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehen, besprachen. Den Verhandlungen wohnte Staatspräsident A. Los, Ernährungsminister Graf, Justizminister Holz und die Vertreter der Staatsbehörden an. Gutsbesitzer Schiele-Wurach als Vorsitzender des Landesbauernrats leitete die Verhandlungen und betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß die Kollage in den großen Städten dazu zwingt, daß die Landwirte ihrer Ablieferungspflicht restlos nachkommen. Der Geschäftsführer des Württ. Landesbauernrats Bräuninger-Saulgau sprach sodann über Zwangswirtschaft und Schleichhandel. Der Bauer wünsche Produktionspreise, keine Höchstpreise, er wünsche den Abbau, ja die Beilegung der Zwangswirtschaft, entsetze sich jedoch nicht den Pflichten gegenüber der Gesamtheit des Volkes, gegen den Schleichhandel und Hamsterwesen müsse härtestens vorgegangen werden. Hieran erstatteten die Vorstände der Versorgungsstellen des Landes eingehende Referate. Regierungsrat Dr. Springer über die Getreide- und Fleischversorgung, Regierungsrat Eder über Milch und Milchprodukte, über Eier und Obst, Regierungsrat Manz über die Kartoffelversorgung und Amtsrichter Lauer über die Tätigkeit des Kriegswuchers. Is. Der neu ernannte Ernährungsminister Graf, der hier erstmals seit Übernahme seines Amtes in öffentlicher Versammlung sprach, entwickelte sein Programm. Er will die Gegensätze zwischen Erzeugern und Verbrauchern überbrücken und den goldenen Mittelweg einschlagen, die Preisbildung der Landwirtschaft sollen die Selbstkosten decken und dem Erzeuger ein gewissen Unternehmerrisiko gewähren. Die Landwirte werden hinsichtlich als beratende Mitglieder mehr zugezogen werden, es müsse auf beiden Seiten Vertrauen und der beste Wille vorherrschen, um zu einer befriedigenden Lösung der schweren Ernährungsrisis zu kommen. In der Aussprache kam eine große Anzahl von Landwirten zum Wort, die die Sorgen und Wünsche der Landwirtschaft bezüglich der Ablieferung, Zwangswirtschaft, Preisbildung usw. zum Ausdruck brachten. Staatspräsident Los stellte sich auf den Standpunkt des Ernährungsministers, daß zwischen den widersprechenden Interessen der Erzeuger und der Verbraucher ein Ausgleich gefunden werden müsse. Zum Schluß der sechstündigen Tagung fand eine Entschließung einstimmig Annahme, die den ersten

Schritt für eine künftige bessere Verständigung zwischen Regierung und Bauernstand sowie zwischen Stadt und Land begründet und als weiteren Schritt von der Staatsregierung fordert, sie möge sich mit den Vertretern der Landwirtschaft wegen der Bekämpfung des Schleichhandels und wegen Abbau der Zwangswirtschaft ins Benehmen zu setzen.

Die Versammlung praktischer Landwirte hat am Schlusse ihrer geistigen Tagung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Stuttgart versammelten Vertreter des württembergischen Bauernstandes erblicken in der heutigen Versammlung, zu der die Staatsregierung nahezu vollständig erschienen ist, einen ersten Schritt für eine künftige bessere Verständigung zwischen Regierung und Bauernstand sowie Stadt und Land. Als weiteren Schritt fordern sie die württemberg. Staatsregierung auf, daß sie sich mit berufenen Vertretern der Landwirtschaft ins Benehmen setze, um über die Bekämpfung des Schleichhandels und den Abbau der Zwangswirtschaft zu beraten.“

Bankenverschmelzung.

Stuttgart, 3. Nov. Zwischen der Stahl u. Federer Aktien-Gesellschaft Stuttgart und der Diskonto-Gesellschaft, Berlin, die schon lange durch nahe Beziehungen verbunden sind, ist, wie wir hören, ein Verschmelzungsvertrag vereinbart worden, in dem das gesamte Vermögen der Stahl u. Federer Aktien-Gesellschaft als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation auf die Diskontogesellschaft gegen Gewährung von je nominell 6000 Mark ab 1. Januar 1919 gewinnberechtigter Kommanditanteile der Diskontogesellschaft für je nominell 9000 Mark Aktien der Stahl u. Federer Aktiengesellschaft übertragen worden. Eine Kapitalerhöhung bei der Diskontogesellschaft, die schon seit Gründung der Stahl u. Federer Aktiengesellschaft einen großen Teil Aktien dieser Gesellschaft besitzt, kommt nicht in Betracht.

SW. Nagold, 4. Nov. Der Arbeitsminister Leypart hielt hier einen Vortrag über die Hemmungen unseres Wirtschaftslebens, die er als Nachwirkungen des Krieges bezeichnete, von denen auch die Länder der Gegner nicht ganz befreit blieben. Ein Grund zur Hoffnungslosigkeit sei nicht vorhanden. Der Arbeiter schaffe nicht mehr für den Kapitalismus, sondern für das große Ziel der Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens. In diesem Winter werde man noch manchmal die Jähne zusammen heißen müssen, aber es werde auch wieder ein Frühling kommen.

Stuttgart, 5. Nov. Am 1. November, nachmittags 6.30 Uhr, wurde ein jüngeres Ehepaar bei der Ecke der König- und Gymnasiumstraße, als es im Begriff war, die Königstraße zu überqueren, von einem Personenkraftwagen überfahren. Beide wurden sehr schwer verletzt. Der Kraftwagenführer verbrachte sie ins Katharinenhospital, wo beide jetzt gestorben sind. Untersuchung der Schuldfrage ist im Gange. — An einem der letzten Abende hat die Polizei in einem heiligen Cafe eine große Spielergesellschaft beim Baccarat aufgehoben, die sich in der Hauptsache aus Schiebern und ähnlichen unflatteren Elementen, vornehmlich Galiziern, zusammensetzte. Einige dieser Ehemenschen, die nicht imstande waren, sich auszuweisen, und wohl als gewerbsmäßige Spieler gelten können, wurden verhaftet; bei den übrigen beantragte sich die Polizei damit, deren Namen aufzuschreiben. Die Karten und das offene liegende Geld wurden beschlagnahmt.

SW. Eßlingen, 4. Nov. Der Gemeinderat hat heute weitere 105 000 M. für Notwohnungen bewilligt. Außerdem hat er den Gaspreis von 40 auf 48 Pfennig für den Kubikmeter erhöht.

SW. Neudorf, 3. Nov. Lena Roth, die in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober schlafend in ihrem Bette erschossen wurde, ist lt. „Tfz- und Jagztg.“ das Opfer ihres eigenen Bruders Joseph Roth geworden, der kurz vor seiner Hochzeit stand und dem seine Schwester dabei im Wege war. Zur Verdeckung seiner Tat tauschte er einen Einbruchdiebstahl vor und als er entlarvt wurde und verhaftet werden sollte, nahm er eine Strichnippel, die er als Gift gegen Fische hatte. Die durch das Medizinalkollegium in Stuttgart vorgenommene chemische Untersuchung seiner Leiche ergab mit Sicherheit Tod durch Strichnippel.

SW. Badnang, 3. Nov. Letzten Freitag wurden einem Schleichhändler zwischen Mettelberg und Hornsbach 2 Zentner schwarzgeschlachtetes Rindfleisch, ferner zwei Rindshäute, eine Kalbshaut, Kalbskopfe und ein Kalbskopf vom Landjäger abgenommen.

SW. Badnang, 3. Nov. Von der Strafkammer in Heilbronn kommt am 5. und 6. November die „Erklärung des Oberamts“ zur Verhandlung. Angeklagt sind 22 Personen, größtenteils von Oberbrüben.

SW. Schramberg, 3. Nov. Am Samstag Nachmittag fand in der Stadt. Turnhalle die Vorstellung der Kandidaten für die Stadtschultheißenwahl statt. Gemeldet hatten sich drei Bewerber: Dr. M. John, Rechtsanwalt in Eisingen a. E., zurzeit Kriegsgerichtsrat in Karlsruhe, Eugen Ritter, Rechtsanwalt in Rottweil, zurzeit Leiter der Landesbeleidungsstelle in Stuttgart und Otto Amende, Landrichter in Berlin. Erschienen war nur ein Kandidat, Rechtsanwalt Ritter aus Rottweil, der sein Programm unter großem Beifall entwickelte und wohl auch am nächsten Sonntag, den 9. November ziemlich einstimmig gewählt werden wird. — Infolge Kohlenmangels fällt der Unterricht an den hiesigen Volksschulen an den Samstagen und Mittwochen aus.

SW. Neutlingen, 4. Nov. Die Textilarbeiter haben mehrere Nachmittagsversammlungen abgehalten, und dieser Tage auch einen Demonstrationsumzug veranstaltet, der hauptsächlich für die Wahl von Betriebsräten wirken sollte.

Druck und Verlag der A. Böhmlager'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seimann, Calw.

Städtische Lebensmittel-Versorgung Calw.
 Auf Bezugsmarke Nr. 171 können Teigwaren gekauft werden. 1 Anteil 125 Gramm.
 Am Freitag, vormittags von 8-12 Uhr, Süßstoffabgabe auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8, Buchstabe A-R von 8-10 Uhr, L-3 von 10-12 Uhr, 1-3 Personen erhalten 1 Paket, 4 und mehr Personen 2 Pakete. Preis für 1 Paket Mk. 4.—
 Buttermarke Nr. 4 kann eingelöst werden. Auf 1 Marke entfallen 62 1/2 Gramm Butter, 62 1/2 Gramm Salzbutter, 250 Gramm Margarine.

Das Stadtschultheißenamt hat einen beschlagnahmten **Riesengänserich** zu verkaufen. Anzusehen im Bezirkskrankenhaus. Angebote bis heute Abend 7 Uhr erbeten.
 Calw, den 5. November 1919. Stadtschultheißenamt.

Hirsau, den 4. November 1919.
Statt jeder besonderen Anzeige. Todes-Anzeige.
 Schmerzgefüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unser lieber, treubeforgter Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel
 **Gottlieb Weber,**
 Veteran von 1870/71,
 Maurermeister,
 heute Mittag im 78. Lebensjahr gestorben ist.
 Um stille Teilnahme bitten
 die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung Freitag Nachmittag 2 Uhr.

Überverkalzung, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Angst- und Schwächezustände
 Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.
 Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Str. 104a.

Anfertigen v. Herren- u. Knabenanzügen, Wenden, Ändern und Flickern, Anfertigen v. Damen- u. Mädchenkleidern bei **Sedelmeier, Schneidermeister, Leberstr. 168.**

Wagen-Verkauf.
 1 bereits neues Einspanner-Break, sowie 2 größere Break mit Verdeck und 1 Chaischen hat zu verkaufen
 Georg Ursig, Bad Teinach.

Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen werden angenommen
 Smünder Hakenfabrik „Original“, Hirsau, (Schweinbachthal).

Ein tüchtiger **Schuhmacher** von 17-20 Jahren kann sofort eintreten bei Schuhmachermeister Schlatterer, Neuhengst.

Weiss, Englands Politik und Entwicklung.
 Geheftet Mk. 1.60, gebunden Mk. 2.40, erhältl. in den hiesigen Buchhandlungen.

Jüngeres **Zugemädchen** für sofort gesucht. Näheres bei der Geschäftsstelle dieses Blattes.
 Ehrliches, ordentliches **Mädchen** sofort gesucht.
 Rittowski, Ritterdrogerie Calw.

1 Gehilfen für sofort gesucht.
 R. F. Schühle jr., Herren- u. Damenschneiderei, Calw.
 Vertreter zum Verkauf von Carbidlampen „Neuhengst“ gesucht.
 Karl Dold, Gundersingen in Baden.

Forstamt Stammheim D. M. Calw.
Nadelstammholz-Verkauf.
 Der auf Samstag, den 8. November vorm. 10 Uhr im Büren in Stammheim ausgeschriebene Verkauf wird auf **Mittwoch, den 19. November** verlegt.

Junges, hübsches, musikalisches Fräulein wünscht mit ebenfalls musikalischem Herrn bekannt zu werden, zwecks gemeinschaftlichen **Musikübungen.**
 Gest. Angebote unter „Musik“ an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Veteranen-Verein Calw.
 Unser treuer Kamerad **Gottlob Weber** Maurermeister in Hirsau ist gestorben.
 Die Kameraden werden ersucht dem lieben Verstorbenen recht zahlreich die letzte Ehre zu erweisen.
 Sammlung um 1 Uhr beim Vorstand.
 Der Ausschuß.

Empfehle
 Birkenwasser (Dr. Dralle), Brennesselwasser, Bayrum, Eau de Quinine, Haarbalsam, Fl. Teerseife, Zahnpasta, Kaliklora, Chlorodont, Pebeo, feine Hautereme, Sommersprossengegenmittel, Puder, Parfümerien, Brillantinen, Isst. Pomaden, Bartbinden, -Kämme und -Wasser, Artikel zur Nagelpflege, Stirn- und Haubennetze, Haar- u. Lockennadeln, Haar- und Zahnbürsten, Kämme und Spiegel usw.
J. Odermatt
 Parfümeriegeschäft, beim Bahnhof.

KAFFEE
 in billigen wie besten Sorten, roh und jede Woche frisch gebrannt empfiehlt bestens **C. Serva.**
 Telefon 120.

100 Zentner Rohraben zu kaufen gesucht.
 Angebote mit Preisangabe an das **Schwarzwalddorff Calw.**

5-6 m langer, 5 cm breiter **Leber-treibriemen** (gebraucht) wird zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

6 schöne, junge **Enteriche** sind zu verkaufen.
 Untere Brücke 198. Stammheim.
 Ein zum erstenmal 10 Wochen trächtiges **Mutter-schwein** setzt dem Verkauf aus **Georg Haug, beim Köhle.**

Simmozheim. Wegen Futtermangel sehe ich eine 31 Wochen trächtige **Schaffelh** dem Verkauf aus. **Johannes Bertraug.**

Puppenperücken, Haaruhren u. s. w. für Weihnachtsgeschenke bitte ich jetzt schon in Auftrag zu geben.
J. Odermatt, Friseur-geschäft b. Bahnhof.

Lotterie
 Frauenschulen auf dem Lande. Loose a 1 Mk 13 Stck. 12 Mk. Hauptgewinn M. 15000.—5000. Ziehung garant. 7. November. **Freiur Winz, Marktplatz.**

Junges Ehepaar sucht auf 1. Januar eine **2-3 Zimmer-Wohnung** in Calw oder Hirsau.
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Kleine **Wohnung** samt Zubehör in gutem Hause ist an alleinstehende Person auf 1. Dezember zu vermieten. Schriftliche Angeb. unter **2 50** an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Ein Schaukasten mit Rollen, für Photographen geeignet, ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsst. d. Bls.

Einen bereits neuen **Trauerhut,** sowie einen braunen **Wintermantel** mit Filzschragen, für mittlere Größe, bereits neu, hat preiswert zu verkaufen.
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Guterhaltenes, rein wollenes, schwarzes **Kleid** samt Jacke, für Konfirmanden passend, hat zu verkaufen.
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

1 schwarzer Rock (für Herrn) um 60 Mk., sowie **1 Küchenschüssel** um 25 Mk. abzugeben.
 Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Traumbuch das große kanonische 2.50 Mk. Längere Buch lehrt alle modern. Länge Mk. 2.50. **Ufa-Verlag 7 München 23.**

Tabak Uebersee per Pfund 22.— Mark In Paketen zu 2.40 Mk.
Zigaretten Jede Marke mit Goldm. 1. F. Band „Casino“ zu 190 Mk. „Imperial“ zu 225 Mk. „Musik“ zu 260 Mk. der Mille. 110 Muster, Nachnahme. **Robert Gerst, Leonberg, Tabak en gros, Telef. 13.**

Neue **Fahrpläne** für den Bezirk Calw das Stück 20 Pfg. sind in der Geschäftsstelle des Blatt. zu haben.

Gewöhnliche Wasserkreme gefriert, verdirbt und durchfrostet die Dosen. Verwendet daher nur **Dr. Guntner's reinen Delwachslederputz**

Nigrin
 Frostfester, hochglänzend, färbt auch bei Regen und Schnee nicht ab.
 — Schwarz, braun, gelb, weiß. —
 Nur hauchdünn mit Lappen auftragen.

Vortrags-Abend aus eigenen Werken von **Frau Johanna Hambach** am Samstag, den 8. November 1919 im geheizten Saale des Badischen Hofes.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 8. November 1919 stattfindenden **Hochzeits-Feier** in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Altbulach freundlichst einzuladen.
Jakob Volz, Sohn des Christian Volz, Bauer, in Altbulach,
Christine Hermann, Tochter des Jakob Hermann, Bauer, in Seigental.
 Kirchgang 1/2 12 Uhr.
 Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 8. November 1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Malsenbach freundlichst einzuladen.
Karl Waibelsch, Möttingen.
Barbara Fuchs, Jainen.
 Kirchgang 1/2 12 Uhr in Liebenzell.

Achtung! Ziehharmonikas
 Alle können gegen neue eingetauscht werden. Auch sind 75 Stück gebrauchte Ziehharmonikas, sowie ein gebrauchter Grammophon, zwei Geigen u. eine Zither billig zu verkaufen. Reparaturen werden fortwährend angenommen u. für auswärtige Personen sofort erledigt bei **Gebrüder Hohnloser & Hohner, Ziehharmonikamacher aus Bozen (Tirol), Pforzheim, Bergstr. 27.**

Ständiges Inferieren bringt Erfolg!
1000 Ztr. Weißbrot sucht zu kaufen **Röhm-Dalkolmo.**

Linsen, la. Ware, eingetroffen, empfiehlt **Mehlhandlung Eug.**
Weiden sucht zu den höchsten Tagespreisen. **R. Hauser, Nonnengasse 146.**

Gut erhaltenes **Pianino** oder **Flügel** aus Privatband zu kaufen gesucht. Angebote unter **Nr. 83** an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.